

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 17

Artikel: Privatisierung im Postsozialismus
Autor: Chalupec, Igor
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093012>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Privatisierung im Postsozialismus

Der Autor hat dieses Jahr sein nationalökonomisches Studium (Planung und Statistik) abgeschlossen und eine Tätigkeit als Wirtschaftsberater in Warschau aufgenommen.

Nach Jahrzehnten zentral geplanten Unsinn eignen sich die postkommunistischen Gesellschaftssysteme die Regeln der freien Marktwirtschaft an. Da man sich der Effizienz von Privatunternehmen bewusst ist, herrscht bei den Politikern grundsätzlich Einigkeit darüber, dass man einen Teil der Staatsbetriebe privatisieren sollte; bezeichnenderweise ist das heute in Polen auch der Wunsch der ehemaligen PVAP, die inzwischen sozialdemokratisch geworden ist. Allseits begrüsst man das Konkurrenzprinzip in Ablösung des bisherigen Staatsmonopols.

Nur hört die grosse Einmütigkeit auf, sobald es um die Frage geht, wie die Privatisierung zu machen sei. Vermögenseinschätzung, Zulassung von Auslandskapital, Mitarbeiterbeteiligung, Kontrollmechanismen der Überführung, das alles ist kontrovers. Die Debatte darüber zeigt, womit man sich in naher Zukunft wird auseinandersetzen müssen, falls der Privatisierungswunsch zum Privatisierungsprogramm gedeihen soll.

Mentale Systemüberreste

Und dann ist erst noch zu berücksichtigen, dass die Einmütigkeit unter den politisch aktiven Kreisen noch lange nicht Einmütigkeit unter der Bevölkerung schlechthin bedeutet.

Eine Umfrage des Warschauer Meinungsforschungszentrums zum Thema der Privatisierung hat Resultate erbracht, die gerade für Fachleute überraschend sind. 58 Prozent der Befragten fanden nämlich, dass die Privatisierung dann nicht nötig wäre, wenn sich sonstwie gute Führungskräfte für die Staatsbetriebe finden liessen. Ebenso war es die Mehrheitsmeinung, dass ein staatlich angestellter Direktor eigentlich besser imstande sein müsste, sich um die Interessen der Beschäftigten zu kümmern, als ein privater.

Hinter solchen Äusserungen liegt immer noch die Anschauung, am bisherigen sozialen Fiasko sei an sich nicht das schlechte System schuld, sondern bloss dessen schlechte Trägerschaft. Tatsächlich hat das

Ancien régime noch bis vor kurzem alle Fehler und Verfehlungen seiner Regierungen genau nach diesem Schema erklärt: Das Prinzip war immer gut, und nur die Ausführung durch die jeweiligen Vorgänger war immer schlecht. Obwohl eine solche Ordnungsapologetik in dieser genauen Form überall auf Spott stossen würde, spukt sie als vage Vorstellung nach wie vor in den Köpfen vieler Polen.

Lieblingsvorstellung Belegschaftseigentum

Dem entspricht auch die Antwort auf die Frage, wer neuer Eigentümer der fraglichen Betriebe sein sollte.

Einen privaten Geschäftsmann oder eine private Firma lehnen 56 % überhaupt ab und 59 % dann, wenn es sich um Ausländer handelt. 53 % wären nicht einmal mit allgemein verfügbaren Aktien einverstanden. Die Befürworter der jeweiligen Varianten sind nur halb so zahlreich wie die Gegner, weil ein grosser Prozentsatz der Antworten unentschieden ausfällt.

Demgegenüber wünschen 56 % der Befragten vorbehaltlos eine Aktiengesellschaft, bei der die Aktienmehrheit im Besitz der betroffenen Belegschaft wäre. Von diesem mehrheitlich hochgehaltenen Prinzip sind dann allerdings sogleich die Abstriche persönlicher Skepsis zu machen, wenn es um die Umsetzung geht. 57 % der Arbeitnehmer würden selber keine Aktien ihres eigenen Betriebes kaufen wollen. Das konkrete Vertrauen in die grundsätzlich bejahte Eigentumsform ist klein.

Mir gegenüber vertrat der Belegschaftsvertreter des Warschauer Grossbetriebs «Warynski» die Auffassung, Aktien seiner Unternehmung sollten ausschliesslich von deren Personal erworben werden dürfen. Auf meinen Einwand, dass nach dieser Logik vielen Polen, und speziell den Bauern, das Recht auf Aktienkauf überhaupt abgesprochen würde, antwortete er ohne die geringste Anfechtung: «Und warum nur sollten die Bauern bei uns im Betrieb mitbestimmen dürfen?»

Welche Betriebe sind es nun, die privatisiert werden sollten?

Gute Betriebe gut verkaufen oder schlechte Betriebe einfach loswerden?

Der Regierungsentwurf sieht in erster Linie den Verkauf konkurrenzfähiger Unternehmen mit einem grossen Exportpotential vor, um die Leute maximal anzuregen, ihr Geld in Aktien anzulegen. Demgegenüber sind die Befragten zu sogar 75 % der Meinung, der Staat solle vielmehr jene Unternehmen loswerden, die nicht rentierten. Allerdings muss man sich vorstellen, was nach einem Ausverkauf solcher Firmen normalerweise geschehen wird: sie gehen schon kurz nach der Privatisierung bankrott, und das soziale Problem daraus erbt wiederum der Staat.

Viele Emotionen weckt die Frage nach dem ausländischen Kapital. Das ist nicht zuletzt auf die deutschfeindlichen Ressentiments zurückzuführen, welche angesichts der deutschen Vereinigung von nationalen und christlichen Parteien geschürt werden.

Laut Regierungsentwurf sollen ausländische Interessenten bis zu 10 % eines polnischen Unternehmens frei kaufen können. Für grössere Anteile wird eine Genehmigung durch die Agentur für Fragen der Eigentumsveränderung nötig. Diese Behörde kann auch sonst gegen ausländische Anleger einschreiten. Sie ist ermächtigt, den Aktienverkauf an ausländische Investoren dann zu stoppen, wenn es um landeswichtige Unternehmen geht, deren Existenz bedroht sein könnte, oder wenn sich die Interessenten aus einem gegebenen Land ganz auf ausgewählte Branchen oder Gebiete konzentrieren, oder wenn ein gegebenes Land das Gegenrecht für polnische Investitionen auf seinem Territorium nicht wahr.

Das alles ist schön und gut, aber die realen Sorgen sehen ganz anders aus. Das westliche Interesse daran, in Polen zu investieren, ist nämlich äusserst gering. Da braucht man sich nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, wie man es dämpfen sollte, bevor es überhaupt da ist. Polen ist noch weit davon entfernt, ein attraktiver Partner des Westens zu sein, und wenn wir dergleichen tun, als müssten wir dessen wirtschaftlichen Expansionsgelüsten dringend Einhalt gebieten, streuen wir uns nur selber Sand in die Augen. So nahrhaft sind wir nicht, dass uns der Westen fressen wollte. Mit nationalistischen

schen Phobien bekämpfen wir eine Gefahr, die uns leider nicht im geringsten droht.

Was kostet die Werft?

Eine Hauptschwierigkeit für eine glatte Privatisierung besteht darin, dass niemand weiss, wieviel die fraglichen Unternehmen wert sind.

Die Diskrepanzen können groteske Ausmasse erreichen. Die Danziger Werft (momentan eine Aktiengesellschaft mit dem polnischen Staat als einzigem Aktionär) zum Beispiel wollte man durch Verkauf sanieren und liess sie durch spezielle westlich-polnische Konsultationsfirmen einschätzen. Die eine Spezialistenauswahl kam auf 200 Millionen Dollar, die andere auf ganze 6 Millionen Dollar.

Sicher kann der Staat den Geldwert eines Objektes nach seinem Befinden festlegen und entsprechende Anteilscheine mindestens für den Binnenmarkt ausgeben. Setzt er sie zu tief an, verschleudert er das Nationalvermögen, und setzt er sie zu hoch an, findet er in der verarmten polnischen Gesellschaft keine genügende Zahl von Aktienkäufern.

Vorschläge zur Lösung gibt es, alle mit spezifischen Vorteilen und spezifischen Nachteilen. Die Liberalen haben auf ihrem Kongress angeregt, jedem polnischen Bürger zunächst Vermögensgutscheine zum ausschliesslichen Zweck von Aktienwerb zuzuteilen. Das würde zur Bildung einer Mittelklasse mit entsprechendem Stabilisierungseffekt führen. Andererseits aber muss der arme Staat draufzahlen, und der Kapitalmarkt kommt wegen der künstlich herabgesetzten Aktienpreise nicht zum Spielen.

Das alles hindert nicht, dass die Privatisierung kommt, weil alles andere noch schlechter wäre. Wenn eine bekannte Firma wie die Zuckerwarenfabrik «E. Wedel» ihre erste Aktienemission vorbereitet, kann sie mit vielen Interessenten rechnen. Etliche Unternehmen haben noch vor der Verabschiedung des Privatisierungsgesetzes ihre Massnahmen getroffen, um ihr Vermögen zu verkaufen oder ihr Grundkapital anzuheben.

Und trotz ihrer sozialen Skepsis zweifeln die Polen wenigstens nicht an der Effizienz der Privatisierung. Bei der erwähnten Erhebung äusserten 95 % die Ansicht, dass privates Eigentum an Produktionsmitteln geeignet sei, die Unwirtschaftlichkeit zu eliminieren. ■

Václav Havel

Polen und Europa

Aus der Rede vor dem polnischen Parlament am 25. 1. 1990, Übersetzung aus «Kontinent», Bonn, Juli 1990.

Wir sollten nicht gemeinsam wetteifern, wer wen überholt und wer sich als erster in diese oder jene europäische Institution vorwärts kämpft; vielmehr sollten wir uns in diesem Bemühen im Geiste jener Solidarität gegenseitig helfen, mit der Sie in schlimmeren Zeiten gegen unsere Verfolgung und wir gegen die Ihre protestiert haben.

Welche institutionelle Form sich eine solche osteuropäische oder mitteleuropäische Koordinierung schaffen wird, lässt sich in diesem Augenblick schwer vorhersagen. Westeuropa ist in den Integrationsprozessen wesentlich weiter, und wenn wir jeder auf eigene Faust nach Europa zurückkehren sollten, würde das wohl erheblich länger dauern und wäre wohl auch sehr viel komplizierter, als wenn wir in gegenseitiger Übereinstimmung vorgehen. Das betrifft nicht nur die Wirtschaft, es betrifft eigentlich alles, einschliesslich der Abrüstungsverhandlungen. [. . .]

Vor uns steht zum ersten Mal die historische Chance, das grosse politische Vakuum, das in Mitteleuropa nach dem Zerfall des Habsburgerreiches entstanden ist, mit etwas Sinnvollem auszufüllen. Wir haben die Chance, Mitteleuropa als bisher überwiegend historisches und geistiges Phänomen in ein politisches Phänomen zu verwandeln. Wir haben die Chance, den Kranz europäischer Staaten, die bis vor kurzem von den Sowjets kolonisiert waren und die sich heute um eine Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion bemühen, die auf Gleichberechtigung gegründet sein sollte, in einen bestimmten, eigenständigen Körper zu verwandeln, der sich dem reicheren Westeuropa nicht nur als der ärmere Abtrünnige oder ohnmächtig umherblickende amnestierte Häftling nähern wird, sondern als jemand, der auch etwas einbringt: nämlich geistige und moralische Anregungen, wagemutige Friedensinitiativen, ungenutztes schöpferisches Potential, das Ethos frisch gewonnener Freiheit und die Inspiration zu mutigen und schnellen Lösungen.

Wir sind erwacht und müssen auch diejenigen aufwecken, die im Westen unser Erwachen verschlafen haben. Und das ist eine

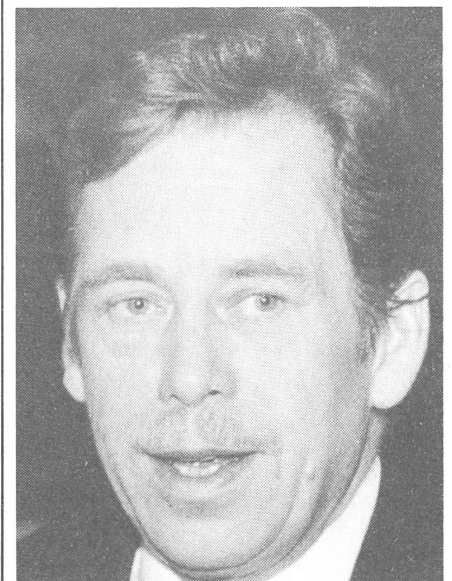
Aufgabe, die wir um so besser erfüllen, je gemeinsamer wir vorgehen.

Wenn wir über die Synchronisierung oder Koordinierung unserer Schritte auf dem Weg nach Europa nachdenken, müssen wir selbstverständlich Klarheit darüber haben, was eigentlich am Ende dieses Weges stehen soll, nämlich in was für ein Europa wir eigentlich gehen wollen.

Das allgemeine Ideal ist uns allen wohl klar: Wir wollen zu einem Europa als einer freundschaftlichen Gemeinschaft unabhängiger Völker und demokratischer Staaten gehören, zu einem stabilisierten, nicht in Blöcke und Pakte unterteilten Europa, das nicht den Schutz von Grossmächten braucht, weil es imstande ist, sich selbst zu schützen, nämlich sich sein eigenes Sicherheitssystem aufzubauen.

Es gibt die Hoffnung, dass die Sowjetunion – im Interesse guter Beziehungen zu ihren ehemaligen Satelliten – allmählich ihre Truppen von dort abzieht. Entsprechende Verhandlungen sind schon im Gange und werden früher oder später zum Erfolg führen.

Mir scheint, dass wir im Helsinki-Prozess einen ganz guten Ausgangspunkt haben.



Vaclav Havel.